

NICOLE HÖVELMEYER

Brexit als vermeintliche
Rückkehr zur
constitutional orthodoxy

Verfassungsentwicklung in Europa

24

Mohr Siebeck

Verfassungsentwicklung in Europa

herausgegeben von

Hartmut Bauer, Peter M. Huber
und Karl-Peter Sommermann

24



Nicole Hövelmeyer

Brexit als vermeintliche Rückkehr
zur *constitutional orthodoxy*

Selbstbindung des *Westminster Parliament*
nach dem Austritt aus der Europäischen Union

Mohr Siebeck

Nicole Hövelmeyer, geboren 1994; Studium der Rechtswissenschaft in Münster und Madrid; 2019 Erste juristische Prüfung; 2023 Promotion (Münster); 2023 Master of Laws an der Radboud Universiteit Nijmegen; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für internationales und vergleichendes öffentliches Recht der Universität Münster; Rechtsreferendariat am Hanseatischen OLG Bremen.
orcid.org/0009-0002-9187-7280

ISBN 978-3-16-163214-3 / eISBN 978-3-16-163215-0

DOI 10.1628/978-3-16-163215-0

ISSN 1861-7301 / eISSN 2569-4553 (Verfassungsentwicklung in Europa)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de> abrufbar. Zugl.: Münster (Westf.), Univ., Diss. der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, 2023. D6

© 2024 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von epline in Bodelshausen gesetzt und von Laupp & Göbel in Gomaringen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Meinen Eltern

Vorwort

Diese Arbeit wurde im Sommersemester 2023 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster als Dissertation angenommen. Aktuelle Entwicklungen, Rechtsprechung und Literatur wurden bis Januar 2023 berücksichtigt und im Anschluss noch vereinzelt nachgetragen.

Der Brexit ist seit vier Jahren vollzogen, seine Auswirkungen sind aber nach wie vor spürbar. Sie reichen bis in das Mark der britischen Verfassung und nähren unter anderem den Diskurs über eine normative Selbstbindung des *Westminster Parliament*. Die vorliegende Arbeit bereitet diese bereits seit Jahrzehnten geführte Verfassungsdiskussion für eine deutschsprachige Leserschaft auf und zeigt, dass die festgestellte theoretische sowie praktische Öffnung für eine solche Selbstbindung nicht zwingend durch den Brexit rückgängig gemacht wurde. Zugleich soll die Arbeit mit der Betrachtung zentraler Instrumente und Rechtsinstitute der britischen Verfassungsordnung einen Beitrag zum grundsätzlichen Verständnis des Konzepts der Verfassung leisten.

Mein herzlicher Dank gebührt meinem Doktorvater *Prof. Dr. Gernot Sydow, M. A.* für seine stete Unterstützung und sein Vertrauen in meine Fähigkeiten, die mich in meinem Vorhaben bestärkt haben. Seine wertvollen Impulse und seine konstruktive Kritik haben diese Arbeit erst ermöglicht. Daneben danke ich *Prof. Dr. James Fowkes, LL.M. (Yale)* für die freundliche Übernahme und die zügige Erstellung des Zweitgutachtens sowie die Unterstützung in der Quellenbeschaffung. *Prof. Dr. Niels Petersen, LL.M. (NYU)* danke ich außerdem für die Mitwirkung als Prüfer in meiner Disputation.

Ferner bedanken möchte ich mich bei der *University of Liverpool* und der *University of Otago* für die Ermöglichung meiner Forschungsaufenthalte an ihren Fakultäten sowie dem DAAD für seine finanzielle Unterstützung. Dem Team der *School of Law and Social Justice* der *University of Liverpool* danke ich für ihre hilfreichen Anregungen in Bezug auf meine Forschung, aber auch für die unvergessliche Zeit in Liverpool. Besonderer Dank gilt hier vor allem *Prof. Dr. Michael Gordon* für seine gewinnbringenden Anmerkungen und die zahlreichen gemeinsamen Diskussionen sowie dafür, dass er die Reise nach Münster auf sich genommen hat, um als Prüfer an meiner Disputation mitzuwirken. Ebenso danke ich *Prof. Andrew Geddis, LL.M. (Harvard)* für seine inspirierenden Einblicke in die neuseeländische Verfassung.

Des Weiteren bedanke ich mich bei *Prof. Dr. Hartmut Bauer*, *Prof. Dr. Peter Michael Huber* und *Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann* für die Aufnahme meiner Arbeit in die Schriftenreihe.

Überaus dankbar bin ich zudem *Dr. Sebastian Friese, LL.M.*, *Mario Hövelmeyer* und *Philipp Koblenz, LL.M.* für das Korrekturlesen meiner Arbeit. Noch mehr danke ich ihnen und meinen weiteren Freund*innen sowie Familienmitgliedern jedoch für ihren Rückhalt und die seelische Unterstützung in allen Lebenslagen. Mein größter Dank gilt schließlich meinen Eltern, *Marina* und *Bernward Hövelmeyer*, die mich nicht nur in diesem Vorhaben, sondern auf meinem gesamten Lebensweg tatkräftig und bedingungslos unterstützt haben und denen ich diese Arbeit in Liebe widme.

Bremen, im Januar 2024

Nicole Hövelmeyer

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII
§ 1 Einführung	1
A. <i>Hinführung zum Thema</i>	1
B. <i>Relevanz</i>	4
C. <i>Themeneingrenzung</i>	5
D. <i>Diskussionsstand</i>	5
E. <i>Begriffserklärungen</i>	7
I. <i>Souveränität oder Suprematie?</i>	8
II. <i>Selbstbindung</i>	9
1. <i>Entrenchment als Selbstbindung</i>	9
2. <i>Zwei Dimensionen der Selbstbindung</i>	11
F. <i>Gang der Untersuchung und methodisches Vorgehen</i>	12
§ 2 <i>Abgrenzung normativer Selbstbindung von politischer Selbstbindung als Grundkonzept</i>	19
A. <i>Warum Verfassungsvorrang und absolute Parlamentssuprematie nicht nebeneinander bestehen können</i>	21
B. <i>Bedeutung politischer Selbstbindung im britischen Verfassungsgefüge</i>	22
I. <i>Unterscheidung von political und legal constitutionalism</i>	22
II. <i>Unterscheidung normativer Selbstbindung von politischer Selbstbindung</i>	22
C. <i>Kategorien politischer Schranken</i>	24
I. <i>Konventionen</i>	25
II. <i>Direkte Beteiligung außerparlamentarischer Akteure</i>	27
III. <i>Internationales Recht</i>	30
IV. <i>Parlamentarisches Mandat</i>	31

D. Beispiele politischer Selbstbindung	32
I. Unabhängigkeit der Dominions am Beispiel Neuseelands	32
II. <i>Human Rights Act 1998</i>	38
1. Konventionskonforme Auslegung	39
2. Unvereinbarkeitserklärung	41
III. <i>Devolution</i> am Beispiel Schottlands	42
1. <i>Sewel Convention</i>	43
2. <i>Permanence clause</i>	45
IV. Nationale Referenden	45
1. Brexit-Referendum 2016	46
2. Wahlsystem-Referendum 2011	48
E. Fazit	49
§ 3 Vereinbarkeit von normativer Selbstbindung und parlamentarischer Suprematie	51
A. <i>Parlamentssuprematie als Fundament der britischen Verfassung</i>	52
I. Inhalt der Parlamentssuprematie	52
1. Positiver und negativer Inhalt der Parlamentssuprematie	53
2. <i>Rule of recognition</i>	54
3. <i>'Enrolled Act' rule</i>	60
II. Ursprung und Begründung des Grundsatzes absoluter Parlamentssuprematie	62
1. Historischer Ursprung	63
2. Rechtstheoretische Begründung	68
III. Grund für zentrale Stellung der Parlamentssuprematie	72
IV. Festhalten am Grundsatz der Parlamentssuprematie als zentrales Prinzip der britischen Verfassung	74
B. <i>Constitutional orthodoxy nach Dicey</i>	77
I. Unvermögen der Selbstbindung als einzige rechtliche Schranke parlamentarischer Gesetzgebung	77
II. <i>Doctrine of implied repeal</i> als praktische Konsequenz	80
III. Politische und moralische Schranken	81
IV. <i>Case Law</i> zum uneingeschränkten <i>implied repeal</i>	84
C. <i>New view am Beispiel der manner and form theory nach Jennings</i>	86
I. <i>Case Law</i> zur Einschränkung des <i>implied repeal</i>	88
II. Arten von Verfahrens- und Formerfordernissen im Sinne der <i>manner and form theory</i>	90
1. Verfahrenserfordernisse	91
2. Formerfordernisse	92

III. Abgrenzung von Verfahrens- und Formerfordernissen und richterlichen Vermutungsregeln	95
D. <i>Selbstbindung als Streitthema: Diskussion in der rechtswissenschaftlichen Literatur</i>	97
I. Kritik an <i>Dicey</i> und <i>Jennings</i>	97
1. Kritik an <i>Dicey</i>	97
2. Kritik an <i>Jennings</i>	99
II. Modifikationen der <i>constitutional orthodoxy</i>	103
III. Weiterentwicklung der <i>manner and form theory</i>	107
IV. Eigenständige moderne Erklärungsansätze	111
1. Offenlegung der <i>rule of recognition</i> nach <i>Tucker</i>	111
2. Änderung des richterlichen Amtseids nach <i>Wade</i>	112
3. <i>Alternative approach</i> nach <i>Elliot</i>	114
4. <i>Constitutional statutes</i> nach <i>Laws</i>	116
5. <i>Pure procedure and form theory</i> nach <i>Goldsworthy</i>	118
a) Alternative Verfahrenserfordernisse	119
b) Faktische materielle Bindung durch restriktive Verfahrenserfordernisse	120
c) Unterscheidung zwischen <i>self-entrenched</i> und <i>non-entrenched requirements</i>	122
6. <i>Rule of the recognised helm</i> nach <i>McConalogue</i>	125
7. Selbstbindung durch Bindung der einzelnen <i>Estates of the Realm</i> . .	126
V. Zwischenfazit	126
E. <i>Normativität von Parlamentssuprematie und Selbstbindung</i>	127
I. Ist Parlamentssuprematie erstrebenswert?	127
1. Argumente für Parlamentssuprematie	130
2. Argumente für richterliche Kontrolle und materielle Schranken . . .	134
3. Graduelle Bindungswirkung von politischen und materiellen Schranken	137
4. Verhältnis der Gewalten als <i>collaborative enterprise</i>	137
II. Ist eine politische oder normative Selbstbindung erstrebenswerter? . .	139
1. Argumente gegen eine rein politische Selbstbindung	139
2. Argumente für und gegen eine ergänzende normative Selbstbindung	141
III. Vergleich von normativer Selbstbindung des <i>Westminster Parliament</i> und deutschem Verfassungsvorrang	143
1. Funktionen des deutschen Verfassungsvorrangs	143
2. Partielle Überschneidung mit den Funktionen der normativen Selbstbindung im Vereinigten Königreich	146
3. Hintergründe für die unterschiedliche Entwicklung	147
a) Unterschiedliche historische Erfahrungen	147
b) Unterschiedliches Demokratieverständnis	149
IV. Zwischenfazit	149

F. Fazit	150
§ 4 Normative Selbstbindung im Zusammenhang mit Mitgliedschaft in und Austritt aus der Europäischen Union ...	151
A. <i>European Communities Act 1972</i>	152
I. Erklärung der Bindungswirkung	155
1. Anhaltspunkte im Gesetzeswortlaut	156
2. Europarechtsfreundliche Auslegung	158
3. <i>Factortame No 1</i> und 2	160
4. Interpretationsansätze	164
a) Interpretationen außerhalb des Anwendungsbereichs der <i>doctrine of implied repeal</i>	164
b) <i>European Communities Act 1972</i> als Manifestation einer Revolution	166
c) <i>European Communities Act 1972</i> als Auslegungsregel	172
d) <i>European Communities Act 1972</i> als <i>manner and form</i> <i>requirement</i>	175
e) <i>European Communities Act 1972</i> als <i>constitutional statute</i>	179
f) <i>European Communities Act 1972</i> und <i>common law</i> <i>constitutionalism</i>	180
5. Zwischenfazit	182
II. <i>European Union (Withdrawal) Act 2018</i> : Vorrang durch die Hintertür .	183
1. Erbe des <i>European Communities Act 1972</i>	184
2. <i>Withdrawal-Agreement</i> -freundliche Auslegung	187
3. Interpretation <i>à la Factortame</i>	187
a) Interpretationen außerhalb des Anwendungsbereichs der <i>doctrine of implied repeal</i>	189
b) Revolutionstheorie	190
c) Auslegungstheorie	191
d) <i>Manner and form theory</i>	191
e) <i>Constitutional statute</i>	192
f) <i>Common law constitutionalism</i>	193
III. Vorbild für künftige (Selbst-)Bindungsbestrebungen	193
B. <i>European Union Act 2011</i>	195
I. <i>Referendum conditions</i> als normativer Selbstbindungsmechanismus ..	197
1. Anhaltspunkte im Gesetzeswortlaut	197
2. Interpretationsansätze	198
a) <i>Constitutional orthodoxy</i>	198
b) <i>Manner and form theory</i>	199
c) <i>Pure procedure and form theory</i>	201
d) Materielle Selbstbindung	203

II. Verlust des Anwendungsbereichs	204
III. Vorbild für künftige (Selbst-)Bindungsbestrebungen	204
§ 5 <i>Jackson v Miller</i> : Zwei Urteile mit konträrer Tendenz?	205
A. <i>Wendepunkt des Selbstbindungsverständnisses in Jackson</i>	206
I. Sachverhalt	207
II. Rechtsfragen	208
1. Argumentation der Kläger*innen	208
2. Urteil des <i>House of Lords</i>	209
a) <i>Parliament Acts</i> statuieren keine <i>delegated legislation</i>	209
b) <i>Parliament Acts</i> können in vereinfachtem Verfahren geändert werden	210
c) <i>Parliament Acts</i> beinhalten keine weiteren außer der geschriebenen Ausnahmen	211
d) Ausnahmen der <i>Parliament Acts</i> können nicht ohne <i>House of Lords</i> umgangen werden	212
III. Selbstbindung durch die <i>Parliament Acts 1911</i> und <i>1949</i>	214
1. Keine Selbstbindung durch „Redefinition nach unten“, gesetzliche Ausnahmen und Express-repeal-Erfordernis	214
2. Bedeutung fehlender Selbstbindung für <i>constitutional orthodoxy</i> und <i>manner and form theory</i>	216
a) <i>Constitutional orthodoxy</i>	216
b) <i>Manner and form theory</i>	216
3. „Redefinition nach oben“ als Bestätigung der <i>manner and</i> <i>form theory</i>	218
a) Die Idee einer „Redefinition nach oben“ bei <i>Lady Hale</i>	218
b) <i>Pure procedure and form theory</i> als Konkretisierung	220
4. Tendenz zum <i>common law constitutionalism</i>	221
a) <i>Obiter dicta</i> der <i>Lords Steyn</i> und <i>Hope</i> sowie <i>Lady Hale</i>	221
b) Interpretationen in der Literatur	222
IV. Richterliche Reaktionen auf <i>Jackson</i>	224
1. <i>Axa General Insurance Ltd v Lord Advocate (Axa)</i>	224
2. <i>R (Buckinghamshire County Council) v Secretary of State</i> <i>for Transport (HS2)</i>	227
V. Zwischenfazit	231
B. <i>Miller No 1 als Rückkehr zur constitutional orthodoxy?</i>	231
I. Sachverhalt	231
II. Verhältnis von britischem und europäischem Recht	233
III. Interpretationen in der Literatur	234
1. <i>Common law constitutionalism</i>	234
a) <i>ECA</i> als Einfallstor	235
b) <i>Miller No 1</i> als Bestätigung einer Normenhierarchie	237

2. Anderweitige Interpretationen	238
IV. Gerichtliche Fortführung von <i>Miller No 1</i>	239
1. <i>Re UK Withdrawal from the European Union (Legal Continuity) (Scotland) Bill</i>	240
2. <i>R (Miller) v Prime Minister (Miller No 2)</i>	245
C. <i>Folgerungen für die künftige Entwicklung</i>	252
§ 6 Normative Selbstbindung in Neuseeland: Ab- oder Vorbild der britischen Entwicklung?	257
A. <i>Neuseeland als Vergleichsrechtsordnung</i>	258
B. <i>Entwicklung von einer continuing zu einer self-embracing constitution in Neuseeland</i>	260
I. Rezeption des orthodoxen Suprematieverständnisses nach <i>Dicey</i>	260
II. Demokratie als Kern der neuseeländischen Verfassungskultur	262
III. Wahlrecht als Selbstbindungsbeispiel	264
1. Erlass des <i>Electoral Act 1956</i> vor dem Hintergrund eines orthodoxen Verfassungsverständnisses	266
2. Stufenweise Öffnung für normative Selbstbindung in Literatur, Politik und Rechtsprechung	268
3. Richterliche Zurückhaltung in <i>Ngaronoa v Attorney-General</i>	271
4. <i>1993 electoral referendum</i>	273
5. Scheitern der <i>Electoral (Entrenchment of Māori Seats) Amendment Bill 2018</i>	274
IV. Weitere potenzielle Gesetzgebungsschranken	275
1. <i>Legislative Council Abolition Act 1950</i>	275
2. <i>Standing Order 270</i>	278
3. <i>Water Services Entities Act 2022</i>	279
4. Vertrag von Waitangi und Tikanga	281
5. Menschenrechte	282
a) Auslegungsregel oder Formerfordernis?	284
b) <i>Declaration of inconsistency</i> als Vorreiter der <i>declaration of incompatibility?</i>	285
6. <i>Fundamental common law rights</i> als implizite materielle Schranken?	289
V. Zwischenfazit	290
C. <i>Mögliche Gründe für die unterschiedliche Entwicklung</i>	292
I. Wahlsystemreform und kürzere Legislaturperiode	292
II. Einkammerstruktur	294
III. Verhältnis der Gewalten zueinander	296
IV. Stärkere Betonung der demokratischen Legitimation des Parlaments	300

<i>D. Rückschlüsse für die Entwicklung der normativen Selbstbindung im Vereinigten Königreich</i>	304
§ 7 Fazit und Ausblick	305
<i>A. Vorbilder und Antreiber künftiger Selbstbindungsbestrebungen</i>	305
I. Europäische Integration	305
II. Erstarbung der Judikative	306
III. Neuseeländische Entwicklung	309
IV. Zwischenfazit	309
<i>B. Wieder größere Bedeutung der politischen Selbstbindung?</i>	310
<i>C. Gesamtfazit</i>	312
Literaturverzeichnis	315
Entscheidungsregister	331
Gesetzesregister	335
Personen- und Sachregister	337

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere/r Ansicht
AC	<i>Appeal Cases</i>
AD	<i>Appellate Division</i>
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Beav	<i>Beavan's Reports</i>
BORA	<i>Bill of Rights 1990</i> (Neuseeland)
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
bzgl.	bezüglich
CA	<i>Court of Appeal</i> (Neuseeland)
Ch	<i>Chancery Division</i>
Cl & F	<i>Clark & Finnely Reports</i>
CLR	<i>Commonwealth Law Reports</i>
CMLR	<i>Common Market Law Reports</i>
Co Rep	<i>Coke's Reports</i>
COD	<i>Crown Office Digest</i>
Deb	<i>Debates</i>
ders.	derselbe
dies.	dieselbe/n
ECA	<i>European Communities Act 1972</i>
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention (Europarat)
E. N. E. L.	<i>Ente nazionale Energia elettrica impresa</i>
ER	<i>English Reports</i>
EUA	<i>European Union Act 2011</i>
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EUWA	<i>European Union (Withdrawal) Act 2018</i>
EWCA Civ	<i>England & Wales Court of Appeal, Civil Division</i>
EWHC (Admin)	<i>England and Wales High Court</i>
Fn.	Fußnote
FPP	<i>first past the post system</i>
gem.	gemäß
GLR	<i>Gazette Law Reports</i>
grds.	grundsätzlich
HC	<i>House of Commons</i>
HCA	<i>High Court of Australia</i>
HL	<i>House of Lords</i>
h. M.	herrschende Meinung
HR	<i>House of Representatives</i> (Neuseeland)
HRA	<i>Human Rights Act 1998; Human Rights Act 1993</i> (Neuseeland)
ICR	<i>Industrial Cases Reports</i>
insb.	insbesondere
IP	<i>implementation period</i>
i. V. m.	in Verbindung mit
JP	<i>Justice of the Peace</i>

KB	<i>Law Reports, King's Bench Division</i>
LR CP	<i>Law Report for Common Pleas Cases</i>
Ltd	<i>Limited</i>
MMP	<i>mixed member proportional system</i>
MP	<i>Member of Parliament</i>
MSA	<i>Merchant Shipping Act 1988</i>
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
No	<i>number</i>
NZ	<i>New Zealand</i>
NZAR	<i>New Zealand Administrative Reports</i>
NZCA	<i>New Zealand Court of Appeal</i>
NZHC	<i>New Zealand High Court</i>
NZLR	<i>New Zealand Law Reports</i>
NZPD	<i>New Zealand Parliament Debates</i>
NZSC	<i>New Zealand Supreme Court</i>
NZSC Trans	<i>New Zealand Supreme Court – Transcript</i>
para	<i>paragraph</i>
Plc	<i>Public Limited Company</i>
QB	<i>Law Reports, Queen's Bench Division</i>
R	<i>Rex/Regina</i>
Rn.	Randnummer/n
Rs.	Rechtssache
S.	Seite; Satz
SA	<i>South African Law Reports; société anonyme</i>
SC	<i>Session Cases (Schottland)</i>
SCR	<i>Supreme Court Reports (Kanada)</i>
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs
SO	<i>Standing Order (Neuseeland)</i>
SOP	<i>Supplementary Order Paper (Neuseeland)</i>
u. a.	unter anderem
UKHL	<i>United Kingdom House of Lords</i>
UKPC	<i>Judicial Committee of the Privy Council</i>
UKSC	<i>United Kingdom Supreme Court</i>
U. S./US	<i>United States</i>
U. S. C.	<i>United States Code</i>
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
v	<i>versus</i>
WLR	<i>Weekly Law Reports</i>

§ 1 Einführung

„Our constitution is not a thing,
it is a way of doing things.“¹

In der Diskussion über die Möglichkeit einer normativen Selbstbindung des britischen Parlaments stehen sich *constitutional orthodoxy* und *new view* gegenüber. Zur Untermauerung letzterer Ansicht wurden der *European Communities Act 1972* sowie der *European Union Act 2011* als Beispiele angeführt. Beide Gesetze verloren jedoch durch den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ihren Anwendungsbereich und die *new view* damit ihre exemplarische Stütze. Diese Dissertation wird einerseits zeigen, dass die Beispiele trotz des Brexits im britischen Verfassungsrecht fortwirken. Andererseits wird erläutert, warum ein Wegfall konkreter Beispiele der *new view* nicht zwangsläufig eine Rückkehr zur *constitutional orthodoxy* bedeutet.

A. Hinführung zum Thema

Was am 1.1.1973 mit dem *European Communities Act 1972 (ECA)* begann, endete am 31.1.2020 mit dem *European Union (Withdrawal) Act 2018 (EUWA)*. Mit diesem Gesetz wurde das Austrittsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union in britisches Recht umgesetzt und die 47-jährige Geltung des Europarechts im Vereinigten Königreich beendet. Konkret regelt das Austrittsgesetz zum einen die formelle Aufhebung des *ECA*², durch den der Beitritt des Vereinigten Königreichs in die damals noch Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in britisches Recht umgesetzt wurde. Zum anderen wurde mit ihm die Entscheidung über das Schicksal europäischen Rechts in der britischen Rechtsordnung getroffen.³ Neben zahlreichen Verordnungen und Richtlinien, die sodann auch für das Vereinigte Königreich galten, brachte der *ECA* einen Wandel des britischen Verfassungsrechts mit sich. Zu den wichtigs-

¹ Palmer, *New Zealand Constitutional Culture*, (2007) 22 *New Zealand Universities Law Review*, 565 (597).

² Section 1 *European Union (Withdrawal) Act 2018*.

³ Sections 2–7 *European Union (Withdrawal) Act 2018*.

ten Veränderungen gehört das geänderte Verständnis einer normativen Selbstbindungsmöglichkeit des *Westminster Parliament*.

Selbstbindung bedeutet im dargestellten Zusammenhang das Vermögen des Parlaments, sich selbst durch einen legislativen Akt formelle oder materielle Grenzen seiner legislativen Gewalt für die Zukunft zu setzen. Während Rechtswissenschaftler*innen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts eine solche Selbstbindung als mit der Parlamentssuprematie unvereinbar ansahen (*constitutional orthodoxy*)⁴, fand die Idee der Selbstbindung an formelle Kriterien seit der Mitte des 20. Jahrhunderts vermehrt Zuspruch (*new view*)⁵. Die wohl bekannteste Ausformung dieser neuen Strömung stellt die *manner and form theory* dar. Durch eine neue Lesart der Parlamentssuprematie soll das Parlament sich hiernach selbst zum Beispiel an prozedurale Vorgaben wie eine qualifizierte Mehrheit oder das vorherige Abhalten eines Referendums binden können, ohne die eigene legislative Suprematie einzubüßen.⁶ Letztlich lassen sich jedoch sowohl die *constitutional orthodoxy* als auch die *new view* trotz des widersprüchlichen Ergebnisses rechtstheoretisch begründen.

Mangels einer einheitlich kodifizierten britischen Verfassung herrscht im Vereinigten Königreich allerdings – wie im Eingangszitat festgestellt – ein deskriptives Verfassungsverständnis vor.⁷ Das hatte zur Folge, dass die Anhänger*innen der *new view* mithilfe von zwei Anwendungsbeispielen aufzuzeigen versuchten, dass insbesondere die *manner and form theory* die beste Erklärung für die rechtliche Situation zum Zeitpunkt der Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union bot. Der *ECA*, der als erstes Anwendungsbeispiel normativer Selbstbindung diente⁸, übersetzte im Zusammenspiel mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs⁹ den Anwendungsvorhang des Europarechts in britisches Recht.¹⁰ Nach dem traditionellen Suprematieverständnis konnte das Parlament ohne Weiteres Gesetze jeden Inhalts erlassen, also auch solche, die Unionsrecht widersprachen oder in den Kompetenzbereich der Europäischen Union fielen. Mit dem *ECA* habe das Parlament aber die Art und Weise geändert, in der es von da an europarechtswidrige Gesetze erlassen konnte. Ab dem Moment des Beitritts habe das Parlament nun aus-

⁴ Vgl. insbesondere *Dicey*, Introduction, 1959; aus der Rechtsprechung v. a. *Vauxhall Estates Ltd v Liverpool Corporation* [1932] 1 KB 733 (744); *Ellen Street Estates Ltd v Minister of Health* [1934] 1 KB 590 (595–597).

⁵ Als einer der ersten *Jennings*, Law, 1959.

⁶ Siehe zur *manner and form theory* v. a. *Jennings*, Law, 1959, S. 152–153.

⁷ Siehe hierzu m. w. N. *Bradley u. a.*, Constitutional Law, 2022, S. 21. „Deskriptiv“ ist an dieser Stelle ausdrücklich nicht im Sinne der rechtsphilosophischen Gegenüberstellung von descriptive method und interpretative method zu verstehen, wie sie etwa von *Lakin* verwendet wird, in: *Kyritsis/Lakin* (Hrsg.), Methodology of Constitutional Theory, 2022, S. 131–152.

⁸ Vgl. z. B. *Gordon*, Parliamentary Sovereignty, 2015, S. 177–183.

⁹ EuGH, Urteil vom 15.7.1964 – Rs. 6/64, Slg. 1964, 1251 (1269–1271) – *Costa/E. N. E. L.*

¹⁰ Vgl. hierzu die Anmerkungen Lord Bridges in *R v Secretary of State for Transport, ex parte Factortame (No 2)* [1991] 1 AC 603 (658–659).

drücklich klarstellen müssen, dass es mit dem von ihm erlassenen *Act of Parliament* gegen Europarecht verstoßen wollte (*express repeal*).¹¹ Diese Möglichkeit blieb ihm allerdings unbenommen, da sich das Parlament ansonsten in materieller Hinsicht selbst gebunden hätte. Eine materielle Selbstbindung lehnte und lehnt die Mehrzahl der Rechtswissenschaftler*innen aufgrund des Schadens für die Parlamentssuprematie jedoch ab.¹²

Ein Beispiel neuerer Zeit, ebenfalls mit Bezug zur europäischen Integration, stellte der *European Union Act 2011 (EUA)* dar. *Section 2(1)(c) EUA* statuierte das Erfordernis eines Referendums über Verträge zur Änderung oder Ersetzung des EUV und des AEUV.¹³ Fehlte es an einem nach dem *EUA* notwendigen Referendum oder ergab sich aus einem Referendum die Ablehnung des Volkes, so folgte daraus nach der *new view* nicht – wie bisher nach der *constitutional orthodoxy* angenommen – im Wege eines *implied repeal* die Unwirksamkeit der jeweiligen *referendum condition* des *EUA*, sondern die Unwirksamkeit des Ermächtigungsgesetzes.¹⁴ Die Umgehung des Referendumserfordernisses im Wege des *express repeal* blieb hingegen möglich.¹⁵

Aus deutscher Perspektive kann diese Entwicklung von Beschränkungen des nationalen Gesetzgebers im Zusammenhang mit der europäischen Integration bekannt anmuten, wurde dem deutschen verfassungsändernden Gesetzgeber doch unter Verweis auf die Identität der Verfassung durch das Bundesverfassungsgericht eine Grenze der Kompetenzübertragungen an die Europäische Union gesetzt.¹⁶ Anders als die Schranke der Verfassungsidentität führten *ECA* und *EUA* aber nicht zu einer Reduzierung europäischen Einflusses auf das nationale Recht, sondern sie gestalteten dieses mit einer potenziellen normativen Selbstbindungsmöglichkeit grundlegend neu.

Der *European Union (Withdrawal) Act 2018* bedeutet jedoch die formale Aufhebung des *ECA* (inklusive des Anwendungsvorrangs des Unionsrechts) sowie des *EUA*. Daher stellt sich die Frage, ob hiermit auch das Ende der nor-

¹¹ *Goldsworthy*, *Sovereignty*, 2001, S. 244–245; *ders.*, *Parliamentary Sovereignty*, 2010, S. 287–298; *Gordon*, *Parliamentary Sovereignty*, 2015, S. 174.

¹² Vgl. nur *Goldsworthy*, *Parliamentary Sovereignty*, 2010, S. 115–116, 138; ähnlich *Bradley u. a.*, *Constitutional Law*, 2022, S. 146–147.

¹³ Weitere Referendumserfordernisse finden sich zudem in section 3(1)(c) für das vereinfachte Änderungsverfahren nach Art. 48 Abs. 6 EUV und section 6 für anderweitige Entscheidungen im Zusammenhang mit der Europäischen Union.

¹⁴ A. A. trotz seiner grds. Befürwortung der *new view* *Goldsworthy*, *Parliamentary Sovereignty's Premature Obituary*, UK Constitutional Law Association Blog, 9.3.2012, <https://ukconstitutionallaw.org/2012/03/09/jeffrey-goldsworthy-parliamentary-sovereigntys-premature-obituary/> [1.1.2024].

¹⁵ *Gordon*, *Parliamentary Sovereignty*, 2015, S. 252. Siehe hierzu erneut Fn. 12.

¹⁶ Vgl. hierzu nur BVerfGE 89, 155 (172, 181–212) – Maastricht; BVerfGE 123, 267 (343–344) – Lissabon; siehe hierzu z. B. *Recker*, *Subjektivierung der Staatsstruktur*, 2014, S. 62–84.; eine umfassende und kritische Analyse des Konzepts der Verfassungsidentität bietet z. B. *Polzin*, *Verfassungsidentität*, 2018.

mativen Selbstbindung des Parlaments eingeläutet wurde. Im Rahmen dieser Dissertation soll nach Darstellung der Unterschiede zwischen politischer und normativer Selbstbindung, der theoretischen Grundlagen der normativen Selbstbindung sowie ihrer praktischen Anwendungsfälle im Kern herausgearbeitet werden, wie sich der Brexit auf die Beurteilung der normativen Selbstbindung auswirkt.

B. Relevanz

Die normative Selbstbindung des Parlaments ist ein Instrument des Verfassungsrechts, welches das Machtgefüge der britischen Verfassungsorgane in erheblichem Maße beeinflussen kann, da es durch ihre Annahme zu einer erheblichen Machtverschiebung von der Legislative zur Judikative käme. Diese Dissertation soll Klarheit darüber schaffen, welche Rolle die Selbstbindung in Zukunft spielen wird, welche Veränderungen die europäische (Des-)Integration¹⁷ also für die Handlungsmöglichkeiten des britischen Parlaments und der britischen Gerichte mit sich brachte. Die Arbeit knüpft damit an die bereits bestehenden Untersuchungen zur rechtstheoretischen Erklärung normativer Selbstbindung und zu ihren Beispielen an, indem sie den Wegfall letzterer näher untersucht und unter anderem aus einer rechtsvergleichenden Perspektive einen Ausblick in die Zukunft der normativen Selbstbindung im Vereinigten Königreich bietet.

Ziel dieser Dissertation ist es einerseits, einen umfassenden Überblick über die Diskussion normativer Selbstbindung im Vereinigten Königreich zu schaffen. Deutsche Rechtswissenschaftler*innen sollen so einen Eindruck bekommen, welche Möglichkeiten zur Begrenzung legislativer und exekutiver Gewalt abseits des Verfassungsvorrangs und der Verfassungsidentität bestehen. Ihnen soll damit ein besseres Verständnis sowohl der fremden britischen Rechtsordnung als auch der eigenen Rechtsordnung ermöglicht werden. Andererseits zielt die Arbeit darauf ab herauszufinden, welchen Einfluss der Brexit auf die Möglichkeit der Selbstbindung hatte und was das für die künftige Gesetzgebung des *Westminster Parliament* bedeutet. Die Dissertation vereint damit einen jahrzehntelang geführten Streit über die normative Selbstbindung mit der aktuellen Diskussion um den Brexit und reichert diese mit der neuseeländischen Perspektive in der Selbstbindungsdebatte an, um eine Aussage über die künftige Entwicklung der Selbstbindung im Vereinigten Königreich treffen zu können. Denn Selbstbindungsbestrebungen werden auch ohne eine europäische Komponente in Zukunft relevant bleiben. Gerade mit Blick auf die Diskussionen

¹⁷ Der Begriff der europäischen Integration wird in der englischsprachigen Literatur und daher auch in dieser Arbeit v. a. für die Integration in die Europäische (Wirtschafts-)Gemeinschaft bzw. Union verwendet. Weitere europäische Einflüsse wie etwa der Europarat bleiben größtenteils ausgeklammert. Zur EMRK im Vereinigten Königreich siehe § 2 S. 38–42.

über eine geschriebene Verfassung oder rechtlich verbindliche Menschenrechte, aber auch rechtlich verbürgte Kompetenzen der *devolved bodies* bleibt die Frage nach der theoretischen Möglichkeit und (übertragbaren) Beispielen einer normativen oder gar materiellen Selbstbindung hochinteressant.¹⁸

C. Themeneingrenzung

Bei einem Thema wie diesem ist eine präzise Eingrenzung essenziell. Denn die Parlamentssuprematie, welche der Diskussion über die normative Selbstbindung zugrunde liegt, ist das fundamentalste Prinzip der britischen Verfassung und lässt sich aus diesem Grunde gewissermaßen in jedes Thema zum britischen Verfassungsrecht einbetten. Diese Dissertation erhebt daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern behandelt lediglich die zentralen Ansichten und Urteile zur normativen Selbstbindung und entwickelt auf diese Weise einen Ausblick auf die künftige Entwicklung der Debatte im Vereinigten Königreich. Folgende Fragen werden beantwortet:

1. Halten britische Rechtswissenschaftler*innen eine normative Selbstbindung für rechtstheoretisch begründbar?
2. Gibt es Beispiele für eine normative Selbstbindung?
3. Ist eine normative Selbstbindung nach Ansicht der britischen Rechtswissenschaftler*innen (auch) in Zukunft denkbar?

Darüberhinausgehende Überlegungen, wie beispielsweise die angesprochenen rechtlich verbindlichen Menschenrechte oder eine geschriebene Verfassung, können folglich, auch wenn sie durchaus an die behandelte Thematik anschlussfähig wären, nicht berücksichtigt werden.

D. Diskussionsstand

Die Selbstbindung des *Westminster Parliament* wurde und wird sowohl in der verfassungsrechtlichen Literatur und Rechtsprechung des Vereinigten Königreichs als auch in der anderer Staaten wie Neuseeland, die vom britischen Recht

¹⁸ Sowohl die Menschenrechte als auch die devolution stehen mit der Debatte über die Bill of Rights Bill der Regierung Johnson sowie die konkreten Pläne der schottischen Regierung für ein zweites Separationsreferendum im aktuellen Fokus. Siehe zur Bill of Rights Bill z. B. *Elliott*, The UK's (new) Bill of Rights, <https://publiclawforeveryone.com/2022/06/22/the-uks-new-bill-of-rights/> [1.1.2024]; zur Zulässigkeit eines schottischen Referendums z. B. *Skoutaris*, Scottish Indyref 2, Verfassungsblog, 30.6.2022, <https://verfassungsblog.de/scottish-indyref-2/> [1.1.2024]; der Supreme Court lehnte die Gesetzgebungskompetenz des schottischen Parlaments in dieser Sache ab, *Reference by the Lord Advocate of devolution issues under paragraph 34 of Schedule 6 to the Scotland Act 1998* [2022] UKSC 31.

beeinflusst wurden, diskutiert. Hierbei vertreten die Rechtswissenschaftler*innen in der Regel eigene Ansichten zur Frage der Selbstbindung. Diese Dissertation nimmt allerdings die Position einer externen Betrachtung und Beurteilung der britischen sowie neuseeländischen Diskussionen ein, sodass mangels Forschung zum konkreten Untersuchungsgegenstand im Folgenden nicht der Forschungsstand, sondern der dieser Untersuchung zugrundeliegende Diskussionsstand dargestellt wird.

Die unterschiedlichen Ansichten können – wie bereits aufgezeigt – grob in zwei konträre Gruppen eingeteilt werden: sich gegen eine Selbstbindungsmöglichkeit aussprechende Anhänger*innen der *constitutional orthodoxy*¹⁹ und eine normative Selbstbindung für möglich erachtende Verfechter*innen der sogenannten *new view*²⁰.

Begründer der *constitutional orthodoxy* war der bedeutendste britische Verfassungsrechtler *A. V. Dicey*, der über die Parlamentssuprematie schrieb:

„The principle of Parliamentary sovereignty means [...] that Parliament thus defined has, under the English constitution, the right to make or unmake any law whatever; and, further, that no person or body is recognised by the law of England as having a right to override or set aside the legislation of Parliament.“²¹

In positiver Hinsicht bedeutete dies, dass es dem Parlament freisteht, jeglichen *Act of Parliament* zu erlassen – ungeachtet zuvor selbst erlassener, die Gesetzgebung beschränkender Grenzen. In dieser Ansicht folgten ihm viele Rechtswissenschaftler*innen.

Einer der ersten Verfechter eines neuen Verständnisses der Parlamentssuprematie und somit Kritiker der *constitutional orthodoxy* war *W. I. Jennings*.²² Er entwickelte die *manner and form theory*, nach der das Parlament festlegen kann, welche *manner and form* zur Anerkennung eines Gesetzes als geltendes Recht erfüllt sein müssen. Das Parlament kann sich nach dieser Ansicht selbst Verfahrens- und Formanforderungen unterwerfen und sich somit an die Einhaltung dieser binden.²³ Es finden sich einige Stimmen in der Literatur, die *Jennings* Ansicht teilen und die *manner and form theory* über die Jahre weiterentwickelt haben.²⁴

¹⁹ Vgl. *Dicey*, Introduction, 1959; daran anknüpfend z. B. auch *Wade*, The Basis of Legal Sovereignty, (1955) 13 Cambridge Law Journal, 172; aus heutiger Zeit v. a. *Young*, Parliamentary Sovereignty, 2009.

²⁰ Vgl. *Jennings*, Law, 1959; *Heuston*, Essays, 1964; aus heutiger Zeit v. a. *Goldsworthy*, Parliamentary Sovereignty, 2010; ferner *Gordon*, Parliamentary Sovereignty, 2015.

²¹ *Dicey*, Introduction, 1959, S. 39–40.

²² *Jennings*, Law, 1959.

²³ *Jennings*, Law, 1959, S. 152–153.

²⁴ Eine Auflistung dieser Arbeiten findet sich bei *Gordon*, Parliamentary Sovereignty, 2015, S. 68; eine Darstellung unterschiedlicher Theorien im Hinblick auf eine Bindung des britischen Parlaments findet sich auch bei *Goldsworthy*, Parliamentary Sovereignty, 2010, S. 113–126.

Mit dem britischen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1973 bekam die Diskussion über die Selbstbindungsmöglichkeit eine vieldiskutierte neue Facette. Aufgrund der Aktualität findet sich zu den Auswirkungen des Brexits auf die Selbstbindung bisher jedoch nur wenig Literatur. Eine erste politikwissenschaftliche Monographie war die von *McConalogue* mit dem Titel „The British constitution resettled. Parliamentary sovereignty before and after Brexit“²⁵, dessen Erklärungsansatz bezüglich der Folgen der europäischen Integration für die britische Parlamentssuprematie allerdings keine neuen Erkenntnisse in der Frage der Selbstbindung bietet. Daneben gibt es vereinzelte Beiträge, die Entwicklungen der Selbstbindung im Zusammenhang mit dem Austritt aus der Europäischen Union anreißern²⁶ sowie weitere Beiträge, die eher einen groben Überblick über die direkten und indirekten Folgen des Austritts aus der Europäischen Union für die britische Verfassung darstellen²⁷. Keine dieser Arbeiten vermag jedoch, die Frage normativer Selbstbindung im Hinblick auf den Wegfall der beiden dargestellten Beispiele durch den Brexit und die sich daraus ergebenden Folgen zugespitzt darzustellen und hieraus Konsequenzen für das zukünftige Selbstbindungsverständnis zu ziehen. Gerade diese sollten jedoch als etwaiges Hemmnis für die sich auf dem Vormarsch befindliche Justizialisierung sowie Machtsteigerung der britischen Gerichte²⁸ nicht außer Acht gelassen werden. Parallelen zwischen der britischen und der neuseeländischen Entwicklung in dieser Frage wurden bisher ebenfalls noch nicht aufgezeigt. Deutschsprachige Literatur zum Thema Selbstbindung des britischen Parlaments findet sich schließlich vereinzelt sowohl in der Rechts-, als auch in der Politikwissenschaft²⁹, betrifft aufgrund ihres Alters jedoch nicht den Kern dieser Untersuchung.

E. Begriffserklärungen

In Bezug auf die Macht des britischen Parlaments herrscht in der englischsprachigen Rechtswissenschaft Uneinigkeit darüber, ob von einer Souveränität oder Suprematie des Parlaments gesprochen werden sollte. In diesem Abschnitt wird gezeigt, dass die Bezeichnung als Suprematie vorzugswürdig ist. Bezüg-

²⁵ *McConalogue*, *British Constitution*, 2020.

²⁶ Vgl. z. B. *Blick*, *Entrenchment*, 2017, S. 20–24; ähnlich auch *Hogarth*, *Legislating Brexit*, 2018; zur in diesem Zusammenhang ergangenen Rechtsprechung beispielsweise *Young*, *The Constitutional Implications of Brexit*, (2017) 23 *European Public Law*, 757 (774–785).

²⁷ Vgl. beispielsweise *Bogdanor*, *Brexit*, 2018; *Blick/Hennessy*, *Brexit*, 2019; *Ewing*, *Brexit and Parliamentary Sovereignty*, (2017) 80 *Modern Law Review*, 711.

²⁸ Vgl. hierzu die differenzierte Analyse von *Young*, in: Jowell/O’Cinneide (Hrsg.), *Changing Constitution*, 2019, S. 325–357.

²⁹ *Petersmann*, *Souveränität*, 1972, insb. Kapitel 9–14; *Schieren*, *Stille Revolution*, 2001, insb. Kapitel 4–11; *Sydow*, *Parlamentssuprematie*, 2005, insb. Kapitel 2 sowie S. 84–99.

lich des Begriffs der Selbstbindung ergibt sich aus der deutschsprachigen Bearbeitung eines britischen Themas hingegen die Herausforderung einer exakten Bezeichnung des Hauptuntersuchungsgegenstands. Der englische Begriff des *entrenchment* wird selbst in der anglo-amerikanischen Rechtswissenschaft nicht einheitlich verwendet und kann zudem mit Hilfe eines einfachen Blicks in ein deutsch-englisches Wörterbuch nicht ausreichend präzise übersetzt werden. Ferner verbergen sich hinter dem Konzept der Selbstbindung mehrere Dimensionen, die einer Definition und Abgrenzung bedürfen, bevor die normative Selbstbindung als eine Unterkategorie in den Blick genommen werden kann.

I. Souveränität oder Suprematie?

Die Macht des *Westminster Parliament* und gleichzeitig das dahinterstehende Konzept werden landläufig als *Parliamentary sovereignty* bezeichnet. *Dicey* verwendete diesen Begriff ohne große Umschweife. Er konkretisierte seine Bedeutung als „unlimited legislative authority of Parliament“³⁰. Doch neben den inhaltlichen Zweifeln, die ab der Mitte des 20. Jahrhunderts an seinem Verständnis von Parlamentssoveränität aufkamen, wurde ferner Kritik an der bloßen Bezeichnung der parlamentarischen Macht als Souveränität verlautbar. Auch wenn *Dicey* zwischen dem Parlament als legislativem Souverän und dem Volk als politischem Souverän unterschied³¹, schien diese Bezeichnung dem Parlament eine absolute Macht zuzuschreiben, welche es in den Augen seines Kritikers *Jennings* nicht besaß.³² Vor allem politische Beschränkungen, die auch *Dicey* anerkannte, waren Beispiele für die begrenzte Macht des Parlaments.³³ Teilweise wird die Gesetzgebungsmacht daher in klarer Abgrenzung zur politischen Souveränität als *Parliamentary supremacy* bezeichnet.³⁴ *Bradley*, *Ewing* und *Knight* bevorzugten den Begriff der legislativen Suprematie beispielsweise, um erstens einer Verwechslung mit dem Grundkonzept nationaler Souveränität vorzubeugen und zweitens eine Diskussion über die zwingende Existenz eines Souveräns in jedem Rechtssystem³⁵ zu vermeiden, um die es bei der Frage der gesetzgeberischen Macht des Parlaments nicht geht.³⁶ *Oliver* verweist zurecht darauf, dass aufgrund der Komplexität, die sich hinter dem Be-

³⁰ *Dicey*, Introduction, 1959, S. 41.

³¹ *Dicey*, Introduction, 1959, S. 72–73.

³² *Jennings*, Law, 1959, S. 147–149; ausführlich hierzu *Oliver*, Independence, 2005, S. 81–83.

³³ *Jennings*, Law, 1959, S. 148.

³⁴ So etwa *Young*, Parliamentary Sovereignty, 2009, S. 16–17.

³⁵ So zuerst bei J. Bodin und weiterentwickelt z. B. von T. Hobbes, J. Bentham und J. Austin, *Jennings*, In Praise of Dicey. 1885–1935, (1935) 13 Public Administration, 123 (129); vgl. hierzu z. B. auch *Ward*, Sovereignty, 1928; aus neuerer Zeit z. B. *Lee*, Right of Sovereignty, 2021.

³⁶ *Bradley u. a.*, Constitutional Law, 2022, S. 53–54.

griff der Souveränität verbirgt, eine universale Definition und Unterscheidung beider Bezeichnungen nur schwerlich möglich ist.³⁷ Auch wenn der Begriff der Parlamentsouveränität sich – teils aus Unbedarftheit, teils aus Überzeugung³⁸ – auch heute weiterhin reger Verwendung erfreut, soll daher im Rahmen dieser Arbeit aus den vorgenannten Gründen von der rechtlich unbegrenzten Gesetzgebungsmacht als Suprematie des Parlaments gesprochen werden.

II. Selbstbindung

1. Entrenchment als Selbstbindung

Als englische Bezeichnung für die Beschränkung der Parlamentssuprematie ist das Wort *entrenchment* geläufig. Die britische Diskussion hierüber verbirgt sich allerdings häufig hinter anderen Begriffen. Sucht man in britischen Datenbanken nach den Begriffen *entrenchment* oder *entrench*, erstaunt die geringe Trefferzahl. In einer Freitext-Suche (Stand: Januar 2024) gibt *Westlaw UK*, das britische Datenbank-Pedant zu *beck-online*, immerhin 2057 Treffer aus. Beschränkt man die Suche auf die britische Rechtsordnung, bleiben 916. Sucht man jedoch nach *entrenchment* beziehungsweise *entrench* als Titelwort, so ergeben sich gerade einmal 11 Treffer im Vereinigten Königreich. Zum Vergleich: Der Begriff *Parliamentary sovereignty* hat absolut betrachtet mit 2019 Treffern ähnlich viele, beschränkt auf die britische Rechtsordnung jedoch mit 1404 beziehungsweise 57 deutlich mehr Ergebnisse. In der britischen Rechtsliteratur wird der Begriff des *entrenchment* daher scheinbar nur spärlich verwendet³⁹ und die Frage der Selbstbindung des britischen Parlaments kann mit einer bloßen Suche nach *entrenchment* nicht voll erfasst werden. Allzu häufig wird die Frage der normativen Selbstbindung in Kapiteln zur Parlamentssuprematie oder zum *judicial review* behandelt.

In Neuseeland scheinen Autor*innen deutlich transparenter, indem sie unbefangen über *entrenchment* diskutieren.⁴⁰ So finden sich beispielsweise Aufsätze

³⁷ *Oliver*, *Sovereignty in the Twenty-First Century*, (2003) 14 *King's College Law Journal*, 137 (139 Fn. 8).

³⁸ *Gordon* favorisiert den Begriff der Souveränität beispielsweise, da hierdurch klar zum Ausdruck komme, dass die Macht des Parlaments unbegrenzt (unlimited) und nicht nur höchst-rangig (ultimate) ist, *Parliamentary Sovereignty*, 2015, S. 5.

³⁹ Vgl. z. B. *Tucker*, der das Reden von *entrenchment* überspitzt als „[trapping] of radicalism“ bezeichnet, *Entrenchment, Parliamentary Sovereignty, and the Limited Radicalism of the Brown Report*, UK Constitutional Law Association Blog, 15.12.2022, <https://ukconstitutionallaw.org/2022/12/15/adam-tucker-entrenchment-parliamentary-sovereignty-and-the-limited-radicalism-of-the-brown-report/> [1.1.2024].

⁴⁰ Auch in der U.S.-amerikanischen Literatur stößt man auf Titel, die den Begriff *entrenchment* beinhalten, vgl. z. B. *Posner/Vermeule*, *Legislative Entrenchment. A Reappraisal*, (2002) 111 *Yale Law Journal*, 1665; oder auch *Levinson/Sachs*, *Political Entrenchment and Public Law*, (2015) 125 *Yale Law Journal*, 400.

ze zum „legislative entrenchment in New Zealand“⁴¹. Gesetzentwürfe tragen Titel wie *Electoral (Entrenchment of Māori Seats) Amendment Bill 2018*. Und auch das grundlegendste Lehrbuch zum neuseeländischen öffentlichen Recht von *P. A. Joseph* enthält neben Kapiteln zur Parlamentssuprematie und zum *judicial review* ein eigenständiges Kapitel über „Constitutional Entrenchment“.⁴² Ein möglicher Grund für die direktere Art und Weise, mit der neuseeländische Rechtswissenschaftler*innen das Problem der Selbstbindung ansprechen, könnte das weniger auf historische Entwicklung fokussierte Verfassungsverständnis sein.⁴³ Wie in § 3 gezeigt werden wird, zirkuliert die britische Selbstbindungsdiskussion seit dem 19. Jahrhundert um die Ausführungen *Diceys*. Hierbei wird stets der historisch gewachsene Kern der britischen Verfassung, nämlich der Grundsatz parlamentarischer Suprematie, betont. Dies ist aufgrund der kolonialen Verbindung Neuseelands zum Vereinigten Königreich streng genommen auch der historische Quell neuseeländischen Verfassungsrechts. Da es sich aber lediglich um eine Rezeption nach britischem Vorbild handelt und Neuseeland mit seiner Unabhängigkeit eine gewisse verfassungsrechtliche Zäsur durchlebte, fällt es Neuseeländer*innen allem Anschein nach leichter, den im Vereinigten Königreich scheinbar sakrosankten Grundsatz *Parliament cannot bind its successor* offen in Frage zu stellen. Zu dieser Direktheit beigetragen hat möglicherweise auch die Entwicklung der anderen Mitglieder des *Commonwealth*, die sich in gravierenderer Weise von den Traditionen der britischen Mutter abgewandt haben. Australien, Kanada oder auch Südafrika beschränkten den Weg einer geschriebenen Verfassung samt gerichtlich durchsetzbarem Verfassungsvorrang. Davon ist Neuseeland weit entfernt. Eine gewisse Loslösung von dem historischen Fokus der Brit*innen ist jedoch zu erkennen. Aber was bedeutet der Begriff *entrenchment*? Und wie, sofern man eine Übersetzung nicht gänzlich ablehnt, sollte dieser Begriff in die deutsche Sprache übertragen werden?

Englische Wörterbücher definieren das Verb *entrench* als „firmly establish something [...] so that it cannot be changed“⁴⁴ oder auch „establish [...] so firmly that change is very difficult or unlikely“⁴⁵. Im Zusammenhang mit Recht konkretisiert das *Oxford English Dictionary*:

„to safeguard (a right etc.) by writing it into a constitution or other legislation; to set conditions so that (a clause, provision, or other piece of legislation) is difficult to amend or repeal“⁴⁶.

⁴¹ *Shiels/Geddis*, Tracking the Pendulum Swing on Legislative Entrenchment in New Zealand, (2020) 41 *Statute Law Review*, 207.

⁴² *Joseph*, *Constitutional Law*, 2021, Kapitel 17.

⁴³ Siehe hierzu § 6 S. 300–304.

⁴⁴ <https://dictionary.cambridge.org/de/worterbuch/englisch/entrench> [1.1.2024].

⁴⁵ https://www.oed.com/dictionary/entrench_v#1259884460 [2.1.2024].

⁴⁶ https://www.oed.com/dictionary/entrench_v#1259884460 [2.1.2024].

Gesetzesregister

Vereinigtes Königreich

Acquisition of Land (Assessment of Compensation) Act 1919: 84
Act of Settlement 1701: 239
Act of Supremacy 1534: 64
Administration of Justice Act 1969: 231
Balfour Declaration 1926: 33
Bill of Rights: 1689 60–61, 66, 78, 116, 206, 228–229, 239
British North America Act 1867: 85
Ceylon (Constitution) Order in Council 1946: 90, 292
Colonial Laws Validity Act 1865: 84, 89, 99, 113, 167
Commonwealth of Australia Constitution Act 1900: 91
Constitutional Reform Act 2005: 307
Crown Proceedings Act 1947: 161
Damages (Asbestos-related Conditions) (Scotland) Act 2009: 224
Dissolution and Calling of Parliament Act 2022: 293
Education (Scotland) Act 1973: 98
Energy Prices Act 2022: 60
European Communities Act 1972: 1–3, 14–15, 93–95, 97, 103, 109, 112, 116, 141, 146, 150, **151–195**, 199, 203–204, 223, 228–229, 231–236, 238, 252, 305–306, 312
European Parliamentary Election Act 2002: 196
European Union (Amendment) Act 2008: 195–196
European Union (Notification of Withdrawal) Act 2017: 183, 232
European Union (Withdrawal Agreement) Act 2020: 183–186, 193
European Union (Withdrawal) Act 2018: 1, 3, 15, 44, **183–195**, 204, 241–242, 306–307, 309, 312
European Union (Withdrawal) Act 2019: 183

European Union (Withdrawal) Act 2019 (No 2): 183
European Union Act 2011: 1, 3, 14–15, 97, 141, 146, 150–151, **195–204**, 227, 252, 305–306
European Union Referendum Act 2015: 46–47
Fixed-term Parliaments Act 2011: 94
Foreign Compensation Act 1969: 98
Government of Ireland Act 1914: 209
Government of Ireland Act 1920: 209
Government of Wales Act 1998: 43, 116
Government of Wales Act 2006: 240
Housing Act 1925: 84
Housing Act 1930: 84
Housing and Planning Act 1986: 98
Human Rights Act 1998: 20, 24, **38–42**, 49, 51, 96, 116, 134, 137, 152, 185, 223, 230, 254, 261–262, 282–289, 313
Hunting Act 2004: 207–208, 210–211, 217, 253
Independence of Ceylon Act 1947: 32
Indian Independence Act 1947: 32
Judicial Committee Act 1833: 85
Judicial Committee Act 1844: 85
Magna Carta 1297: 78, 116, 290
Merchant Shipping Act 1988: 133, **160–166**, 172, 177, 180, 189, 228
New Zealand Constitution (Amendment) Act 1947: 34, 37, 260
New Zealand Constitution Act 1852: 33, 37, 258, 260, 289
Northern Ireland Act 1998: 43, 240
Parliament Act 1911: 102, 107–108, 119, **207–224**, 265, 270, 277, 294
Parliament Act 1949: 102, 107–108, 119, **207–224**, 265, 277, 294, 299
Parliamentary Voting System and Constituencies Act 2011: 46, 48
Political Parties, Elections and Referendums Act 2000: 46
Referendum Act 1975: 46
Referendums (Scotland) Act 2020: 46

- Representation of the People Act 1832*: 116
Representation of the People Act 1867: 116
Representation of the People Act 1884: 116
Scotland Act 1978: 278
Scotland Act 1998: 27, 43, 45, 116, 141, 224–227, 240–245, 313
Scotland Act 2016: 43, 45, 142
Social Security Act 1990: 98
South Africa Act 1909: 89–90, 292
Statute of Westminster 1931: 23, 33–37, 85, 89–90, 257, 260
Statutory Instruments Act 1946: 173
Union with Scotland Act 1706: 116
Welsh Church Act 1914: 209
- Neuseeland**
- Abortion Legislation Act 2020*: 263
Bill of Rights Act 1990: 278–279, **282–289**
Bill of Rights (Declarations of Inconsistency) Amendment Act 2022: 286–287
Constitution Act 1986: 34, 36, 257–260, 265, 282, 294, 299, 302
Constitution Amendment (Request and Consent) Act 1947: 34, 260
Declaratory Judgements Act 1908: 270
Electoral (Disqualification of Sentenced Prisoners) Amendment Act 2010: 271, 285
Electoral Act 1927: 295
Electoral Act 1956: 264, 266–272, 281, 292–293, 295–296
Electoral Act 1993: 262, **264–275**, 279–280, 291–293, 298
Electoral Amendment Act 1975: 266
Electoral (Māori Electoral Option) Legislation Act 2022: 293
Human Rights Act 1993: 282–289
Legislative Council Abolition Act 1950: 275–277
Parliamentary Privilege Act 2014: 273
Statute of Westminster Adoption Act 1947: 260
Water Services Entities Act 2002: 279–281
- Sonstige**
- Administrative Procedure Act*, 5 U. S. C. (USA): 93
 AEUV (EU): 3, 133, 160, 164, 183, 189, 197
 BVerfGG (Deutschland): 146
Bribery Amendment Act 1958 (Ceylon, heute Sri Lanka): 90
Canadian Bill of Rights Act 1960 (Kanada): 289
Canadian Statute 23 & 24 Geo. 5 (Kanada): 85
Constitution of the Union of Burma 1948 (Burma, heute Myanmar): 91
Constitution Act 1929 (New South Wales, heute Australien): 89
Constitution Act 1982 (Kanada): 91, 292
Constitution of Finland (Finnland): 92
Constitution of Ghana (Ghana): 81
Constitution of Kenya (Kenia): 81
Constitution of Malta 1964 (Malta): 92
Constitution of Sierra Leone (Sierra Leone): 81, 92
Constitution of the United States of America (USA): 19
Costituzione della Repubblica Italiana (Italien): 91
 EMRK (Europarat): 19, 24–25, **38–42**, 226, 272
 EUV (EU): 3, 47, 133, 164, 197, 232
 GG (Deutschland): 11–12, 19, 59, 81, **143–149**, 230
 Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte der Vereinten Nationen: 282–283
North-West Territories Act (Kanada): 92
 Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten, OJ L 26, 28.1.2012, S. 1–21 (EU): 228
Separate Registration of Voters Act 1951 (Südafrika): 89
South Africa's Promotion of Equality and Prevention of Unfair Discrimination Act 2000 (Südafrika): 93
 Vertrag über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EU): 160, 165, 189
 Weimarer Reichsverfassung (Deutschland): 144, 146–148

Personen- und Sachregister

- Abgeordnete
- ethnischer Minderheiten 302
 - LGBTQIA+ 302
 - Māori 302, *siehe auch* Māori
 - Repräsentativität 302
 - weibliche 302
- Act of Parliament* 53–54, *siehe auch* *rule of recognition*; *‘enrolled Act’ rule*
- ACT Party* (Neuseeland) 279, *siehe auch* Neuseeland
- Akteure, außerparlamentarische 27–30, *siehe auch* Selbstbindung, politische
- Allan, Trevor R. S. 170, 181–182, 203, 245, *siehe auch* *common law constitutionalism*
- Anwendungsvorrang
- des Austrittsabkommens 185–186, *siehe auch* *European Union (Withdrawal) Act 2018*
 - des Europäischen Unionsrechts 152–183, *siehe auch* *European Communities Act 1972*
- Appellate Committee of the House of Lords* 206, *siehe auch* *Supreme Court*; Gerichte
- Auslegung
- europarechtsfreundliche 158–159, *siehe auch* *European Communities Act 1972*
 - konventionskonforme 39–40, *siehe auch* *Human Rights Act 1998*
 - *Withdrawal-Agreement-freundliche* 187, *siehe auch* *European Union (Withdrawal) Act 2018*
- Auslegungsregeln 172–175, 191, 284, *siehe auch* *Vermutungsregeln*; Young, Allison L.
- Auslegungstheorie *siehe* *Auslegungsregeln*
- Australien 10, 32, 88–89, 258, 301–302, *siehe auch* *Dominions*; *Trethowan*
- Austritt aus der Europäischen Union *siehe* *Brexit*
- Austrittsabkommen 183–193, *siehe auch* *European Union (Withdrawal) Act 2018*
- Axa* 195, 224–227, 237, 244–245, 252–253, *siehe auch* *Schottland*; *Normenkontrolle* in Extremfällen
- Bacon, Francis 52
- Balfour Declaration* 33, *siehe auch* *Statute of Westminster 1931*; *Dominions*; *Commonwealth of Nations*
- Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 152, 163, *siehe auch* *European Communities Act 1972*
- Bill of Rights 1689* 60–61, 66, 78, 116, 228–229, *siehe auch* *Glorious Revolution*
- Bindungswirkung
- faktische 47, 261, 273–274, 276, *siehe auch* *Verfahrensfordernisse*, *faktisch materielle*
 - graduelle 49–50, 137
 - normative *siehe* *Selbstbindung*, *normative*
 - politische *siehe* *Selbstbindung*, *politische*
- Bingham, Lord Thomas H. 209–214, 223
- Blackstone, William 52, 222
- Blair, Tony 300
- Bodin, Jean 8, *siehe auch* *Souveränität*
- Brexit* 183–195, 204, 305–313, *siehe auch* *European Union (Withdrawal) Act 2018*; *Referendum, Brexit*; *Miller No 1*; *Miller No 2*
- *Rolle des Parlaments* 47–48, *siehe auch* *Miller No 1*
- Bridge, Lord Nigel C. *siehe* *Factortame*
- Bundesverfassungsgericht 20, 144, 154, 195, 230, *siehe auch* *Verfassungsidentität*
- Ceylon 32, 88, 90, 269, 292, *siehe auch* *Dominions*; *Ranasinghe*
- Charles III* *siehe* *König Karl III.*
- Church of England* 64, *siehe auch* *Parlamentssuprematie*, *historischer Ursprung*
- Coke, Edward 52, 75, 222
- Collaborative enterprise* 137–139, 296–297, 309
- Common law* 69–72, *siehe auch* *fundamental common law principles*; *common law constitutionalism*

- Common law constitutionalism* 75–76, 128–129, 134–136, 180–182, 193, 203, 221–224, 234–238, *siehe auch* rule of law; Allan, Trevor R. S.; Craig, Paul P.
- Commonwealth of Nations* 10, 33, 257–258, *siehe auch* Dominions
- Conservative Party* (UK) 68, 192, 196, 200, 255, *siehe auch* Sunak, Rishi; Johnson, Boris; Blair, Tony; Thatcher, Margaret
- Constitutional orthodoxy* 77–85, 198–199, 216, 238–239, *siehe auch* Dicey, Albert V.
- case law 84–85
 - Modifikationen 103–107, *siehe auch* Wade, Henry W. R.; Young, Alison L.
- Constitutional statutes* 116–117, 179–180, 192–193, *siehe auch* Laws, John
- case law *siehe* Thoburn; HS2; Miller No 1
 - Gleichordnung mit einfachem Recht 53, 77, *siehe auch* Normenhierarchie
- Constitutionalism*
- common law 75–76, 128–129, 134–136, 180–182, 193, 203, 221–224, 234–238, *siehe auch* Allan, Trevor R. S.; Craig, Paul P.
 - legal 22, 128–129
 - political 22, 128–129
- Cooke, Lord Robin B. 278, 289–290, 294, 299–300
- Corbyn, Jeremy 47
- Craig, Paul P. 181–182, 203, 245, *siehe auch* common law constitutionalism
- Crown* *siehe* Monarch*in
- Curia regis* 63, *siehe auch* Parlamentssuprematie, historischer Ursprung
- Declaration of incompatibility* *siehe* Unvereinbarkeitserklärung
- Declaration of inconsistency* 285–289, *siehe auch* Unvereinbarkeitserklärung
- Demokratie, direkte 27–30, 45–49, *siehe auch* Referendum; Akteure, außerparlamentarische
- Demokratieverständnis 74, 83, 149, 300–303
- Devolution* 42–45, 233, 240–245, 311–313
- Dicey, Albert V. 52, 77–85, 97–99, *siehe auch* constitutional orthodoxy
- Doctrine of implied repeal* 80–81, 164–166, 189–190
- Doctrine of the mandate* *siehe* Mandat, parlamentarische
- Dominions 32–37, 85, 210, 257–258, *siehe auch* Commonwealth of Nations; Neuseeland; Statute of Westminster 1931
- Double entrenchment* 123, 213, *siehe auch* self-entrenchment
- Dworkin, Ronald M. 55–56, 75–76
- EGMR 19–20, 24, 38, 40, *siehe auch* Human Rights Act 1998
- Elective dictatorship* 133, 310, *siehe auch* Missbrauchsschutz
- EMRK 19–20, 24, 38–42, 226, 271–272, *siehe auch* Human Rights Act 1998
- Englische Reformation *siehe* Church of England
- ‘Enrolled Act’ rule 60–62, 102, 214, *siehe auch* rule of recognition
- Entrenchment* *siehe* Selbstbindung
- Estates of the Realm* *siehe* Westminster Parliament
- EuGH 154–157, 160–162, 184, 187, 241, 307, *siehe auch* Europäische Union
- Europäische Union 151–204, *siehe auch* European Communities Act 1972; European Union Act 2011; European Union (Withdrawal) Act 2018
- Austritt *siehe* Brexit
 - Beitritt 152, 163
- Europäische (Wirtschafts-)Gemeinschaft *siehe* Europäische Union
- Europarat 288, 307, *siehe auch* EMRK
- European Communities Act 1972* 116, 151–195, 199, 204, 228–229, 231–239, 252, 305–306, 312
- European Union (Withdrawal) Act 2018* 183–195, 204, 240–242, 306–307, 309, 312
- European Union Act 2011* 151, 195–204, 252, 305–306, *siehe auch* Referendum
- Exekutive *siehe* Regierung
- Express repeal* *siehe* Formerfordernisse
- Extraterritorialität 51, 81, 140, 260–261
- Factortame* 156, 160–182, 187–193, 312, *siehe auch* European Communities Act 1972
- Finnis, John *siehe* Hart, Herbert L. A., Schüler
- First past the post system* 31, 48, 264, 273, 293
- Formerfordernisse *siehe auch* Selbstbindung, normative, Normativität
- Abgrenzung zu Vermutungsregeln 95–97

- Arten 92–95
- Beispiele *siehe European Communities Act 1972; European Union Act 2011; Wahlrecht, neuseeländisches*
- Fundamental common law principles* 75–76, 135, 137, 229–230, 253, 289–290, *siehe auch common law constitutionalism; HS2*
- Fundamental rights siehe fundamental common law principles*
- General Assembly* (Neuseeland) 33, 258, 260, *siehe auch Neuseeland*
- Gerichte *siehe auch Supreme Court; Appellate Committee of the House of Lords; Judicial Committee of the Privy Council; Normenkontrolle*
- Abkehr von *constitutional orthodoxy* 205–255
- politische Prägung 307–309, *siehe auch Prägung, politische*
- Rolle für rechtstheoretische Begründung und Änderung der Parlamentssuprematie 68–72, 205
- Zurückhaltung 134–139, 162–164, 271–273, 300, 308–310
- Gewohnheitsrecht 71–72, 105, 119, 215–216
- Gleichlauf Parlamentssuprematie und *rule of recognition* 58, 62
- Gleichordnung Verfassungs- und einfaches Recht 53, 77, *siehe auch Normenhierarchie*
- Glorious Revolution* 65–67, 148, 239, 263, 301
- Goldsworthy, Jeffrey D. *siehe pure procedure and form theory*
- Gordon, Michael 108–110, 123–124, *siehe auch manner and form theory; manner and form*
- Green Party* (Neuseeland) 274, *siehe auch Neuseeland*
- Grundnorm *siehe Kelsen, Hans*
- Hale, Lady Brenda M. 213, 215, 218–222, 250, 277, 307–308
- Harris* 88, 89–90, 208, 213, 218, *siehe auch Dominions; Südafrika*
- Hart-Dworkin-Debatte 56, *siehe auch Hart, Herbert L. A.; Dworkin, Ronald M.*
- Hart-Ross-Debatte 56, *siehe auch Hart, Herbert L. A.; Ross, Alf N. C.*
- Hart, Herbert L. A. 55–60, 69, 79–80, 103, 125, 217, *siehe auch rule of recognition*
- Schüler 56, *siehe auch Dworkin, Ronald M.*
- Heinrich VIII. *siehe König Heinrich VIII.*
- Henry VIII* *siehe König Heinrich VIII.*
- Henry VIII clause* 208
- Hobbes, Thomas 8, 69
- Holyrood* *siehe Schottland; devolution*
- Hope, Lord James A. D. 217, 219, 221–222, 225
- House of Commons* *siehe Westminster Parliament; King in Parliament*
- House of Lords* *siehe Westminster Parliament; King in Parliament*
- House of Representatives* (Neuseeland) 258, 260, 268, 277, *siehe auch Neuseeland; Standing Orders*
- HS2* 117, 154, 227–231, 237, 252–253
- Human Rights Act 1998* 38–42, 96, 116, 282–289, 313
- Hybrid Bill procedure* 227–228
- Implied repeal* *siehe doctrine of implied repeal*
- Integration, europäische *siehe Europäische Union*
- Irish Home Rule* 209
- Jackson* 195, 206–224, 227, 252–255, 270–271, 277, 299–300, 308–309, *siehe auch Parliament Acts 1911/1949; Redefinition nach unten*
- Jennings, William I. 86–97, 99–103, *siehe auch manner and form theory*
- Johnson, Boris 5, 139, 245–248, 254, 305, 308, 310–311
- Judge-made-law* 70–72, *siehe auch Parlamentssuprematie, rechtstheoretische Begründung; common law*
- Judicial Committee of the Privy Council* 34, 85, 89–90, 100, *siehe auch Dominions*
- Judicial review* *siehe Normenkontrolle*
- Judicial supremacy* *siehe common law constitutionalism*
- Judikative *siehe Gerichte*
- Kanada 10, 32, 258, 301
- Karl III. *siehe König Karl III.*
- Kelsen, Hans 55
- King* *siehe Monarch*in*
- King in Parliament* 53–54, 62, 81, 214–215, *siehe auch Westminster Parliament; König Karl III.*
- King's Pinter's copies* *siehe 'enrolled Act' rule*

- Kirche, katholische 64, 67, *siehe auch* Parlamentssuprematie, historischer Ursprung
- Kolonien *siehe* Dominions
- König Heinrich VIII. 64, *siehe auch* Parlamentssuprematie, historischer Ursprung
- König Karl III. 64, 214, 258, *siehe auch* Monarch*in
- Konsens
- parteiübergreifender 263–264, 281, 292–293, 303
 - politischer 68–72, 101–103, 105–109, 205
- Konventionen 25–27, 110, 140–141, 253–254, *siehe auch* Mandat, parlamentarisches; *royal prerogative*; *Salisbury-Adison Convention*; *Sewel Convention*; *Standing Orders*
- Labour Party* (Neuseeland) 263–264, 274–275, 293, *siehe auch* Neuseeland
- Labour Party* (UK) 28, 47, 68, 86, 195, 312, *siehe auch* Corbyn, Jeremy
- Laws, John 116–117, 179–180, 192–193, *siehe auch* *constitutional statutes*
- Legal constitutionalism* 22, 128–129
- Legislation*
- *delegated* 55, 208–210
 - *primary* *siehe* *Act of Parliament*
- Legislative Council* (Neuseeland) 258, 275–277, *siehe auch* Neuseeland
- Legislative *siehe* Parlament
- Legislaturperiode 207, 211–216, 293–294
- Legitimation des Parlaments
- demokratische *siehe* Demokratieverständnis
 - historische 63–68, 300–303, 309, *siehe auch* Parlamentssuprematie, historischer Ursprung
- Lex-posterior-Grundsatz *siehe* *doctrine of implied repeal*
- Macht
- göttliche 64–67, 145, *siehe auch* Parlamentssuprematie, historischer Ursprung
 - weltliche 64–67, 145, *siehe auch* Parlamentssuprematie, historischer Ursprung
- Machtzuwachs
- Gerichte 7, 49, 254, 306–309, *siehe auch* Normenkontrolle; Unvereinbarkeitserklärung
 - *House of Commons* *siehe* *Parliament Acts 1911/1949*
 - Regierung 133, 136, 252–255, 297–300, 304, 306–310, *siehe auch* *elective dictatorship*; Normenkontrolle in Extremfällen
- Magna Carta 1297* 78, 116, 290
- Mance, Lord Jonathan H. 225, 229–230
- Mandat, parlamentarisches 31, 301, *siehe auch* Konventionen
- Manner and form* 108
- Manner and form theory* 86–97, 175–179, 191–192, 199–201, 216–218, *siehe auch* Jennings, William I.
- *case law* 88–90
 - Weiterentwicklung 107–111, *siehe auch* Gordon, Michael
- Māori 257, 263, 265–266, 274–275, 279, 281–282, 302, *siehe auch* Neuseeland
- Mehrheit, qualifizierte 89–91, 109, 120–122, 142, 218–219, 265, 277–280, 292–293, 304, *siehe auch* Verfahrenserfordernisse
- Mehrheitsprinzip *siehe* Parlamentssuprematie, Normativität
- Members of Parliament* *siehe* Abgeordnete
- Menschenrechte 38–42, 282–289, *siehe auch* *Human Rights Act 1998*
- Miller No 1* 231–239, 250–254
- Miller No 2* 245–251, 252–255, 309, *siehe auch* *prorogation*; *royal prerogative*
- Minderheitenschutz 132, 134
- Missbrauchsschutz 61, 130–136, 253–254, 306–309, *siehe auch* Gerichte, Abkehr von *constitutional orthodoxy*
- Mixed constitution* 61, 138
- Mixed government* 61
- Mixed members propotional system* 264, 273, 293, 298, 300
- Monarch*in 33, 63–68, 145, *siehe auch* König Karl III.; *King in Parliament*; *royal assent*
- Monarchie *siehe* Monarch*in
- Montesquieu, Charles L. de Secondat de 61
- Moral 21, 65–66, 75–76, 81–83, 135–136, 203, *siehe auch* Dworkin, Ronald M.
- Muldoon, Robert 299–300, *siehe auch* Normenkontrolle in Extremfällen
- National Party* (Neuseeland) 263–264, 274–275, 279–280, 293, 299, *siehe auch* Neuseeland
- Necessary implication* 95, 176, 199, *siehe auch* Formerfordernisse
- Neuberger, Lord David E. 229–230, 296

- Neuseeland 9–10, 32–37, **257–304**, 309,
siehe auch Dominions; *Commonwealth of Nations*
- New South Wales siehe Australien
- New view* 86–97, siehe auch *manner and form theory*; Jennings, William I.
- New Zealand First* 274, siehe auch Neuseeland
- New Zealand Parliament* 258, siehe auch *House of Representatives*; Neuseeland
- Nordirland siehe *devolution*
- Normativität
- der Parlamentssuprematie 130–136
 - von normativer Selbstbindung 139–143
- Normenhierarchie 53, 55, 77–78, 116, 154, 191, **229–230**, 237–238, 252–253, 282–283, siehe auch *constitutional statutes*; *HS2*; *Miller No 1*; Verfassungsvorrang
- Normenkollision siehe Verfassungsvorrang; *doctrine of implied repeal*; *rule of recognition* als Kollisionsnorm
- Normenkontrolle
- hinsichtlich Gesetzgebungskompetenzen der *devolved bodies* 240–241
 - in Extremfällen 134, 138, **221–223**, **225**, 253, 290, 296, 300, 304, 308, siehe auch *common law constitutionalism*
 - Unzulässigkeit 53, 61–62, siehe auch Parlamentssuprematie, Inhalt; *‘enrolled Act’ rule*
- Notwithstanding clause* 93–94, 173, siehe auch Formerfordernisse
- Pairsschub 210–211, 276, siehe auch *Parliament Acts 1911/1949*
- Paradox der Selbstbindung 51, 77
- Parlament
- britisches siehe *Westminster Parliament*
 - neuseeländisches siehe *House of Representatives*
 - schottisches siehe Schottland
- Parlamentssouveränität siehe Parlamentssuprematie
- Parlamentssuprematie
- Begriff 8–9
 - *continuing* 79–80, 86, 103–104, 106–107, 215–216, 219, 290, siehe auch Hart, Herbert H. L.; *constitutional orthodoxy*
 - Funktionen 73–74, siehe auch Rechtsvergleich, Deutschland
 - Gleichlauf mit *rule of recognition* 58, 62
 - historischer Ursprung 63–68
 - Inhalt 52–62
 - Normativität 130–136, siehe auch Demokratieverständnis
 - rechtstheoretische Begründung 68–72
 - *self-embracing* 37, **79–80**, 86, 101, 103–104, 107, 219, 269, 290, siehe auch Hart, Herbert H. L.; *manner and form theory*
 - vollständige Übertragung 78
 - Parliament Acts 1911/1949* 107–108, 119, **207–224**, 277, 294, siehe auch Jackson
 - Parliamentarian Theories* 65–67, siehe auch *Glorious Revolution*
 - Parliamentary Privilege* 61, 228, 261, 268, 273, 296, siehe auch *Bill of Rights 1689*
 - Parteidisziplin 297–298, 309
 - People’s Budget* 209–210, siehe auch *Parliament Acts 1911/1949*
 - Permanence clause* 45, 243, siehe auch Schottland
 - Political constitutionalism* 22, 125, 127–129, 310–312
 - Prägung, politische 67–69, 307–309
 - Primary rules* 55–60, siehe auch Hart, Herbert L. A.
 - Principle of legality* 96, 176, 225, 284, siehe auch Vermutungsregeln
 - Privy Council* siehe *Judicial Committee of the Privy Council*
 - Procedure and form theory* siehe *pure procedure and form theory*
 - Prorogation* 245–251, siehe auch *Miller No 2*
 - Pure procedure and form theory* **118–125**, 201–203, 220–221, siehe auch Konsens, politischer
- Queen* siehe Monarch*in
- Ranasinghe* 88, **90**, 208, 213, 218, siehe auch Dominions; Ceylon
- Raz, Joseph siehe Hart, Herbert L. A., Schüler
- Recht, internationales **30–31**, 35, 153, 155, 187, 196, 257, 260–261, siehe auch EMRK
- Rechtsvergleich
- Deutschland 20, 143–149, siehe auch Bundesverfassungsgericht
 - Neuseeland 257–304, siehe auch Neuseeland
- Redefinition nach oben 218–220, siehe auch Hale, Lady Brenda M.
- Redefinition nach unten 214–215, 275–277, siehe auch Hale, Lady Brenda M.
- Reed, Lord Robert J. 225, 250, 308

- Referendum 45–49, *siehe auch* Verfahrens-
erfordernisse
- Abschaffung der *devolved bodies* 45, *siehe auch* *devolution*
 - Brexit 46–48, 232, *siehe auch* Brexit
 - *European Union Act 2011* 195–204, *siehe auch* *European Union Act 2011*
 - Wahlsystem 48–49, 273–274, *siehe auch* *first past the post system*; *mixed members proportional system*
- Regierung *siehe auch* *royal prerogative*
- Machtzuwachs 133, 136, 252–255, 297–300, 304, 306–310, *siehe auch* *elective dictatorship*; Normenkontrolle in Extremfällen
 - Verantwortlichkeit gegenüber dem Parlament 114, 130, 247
- Regionen *siehe* *devolution*
- Repräsentativität von Abgeordneten 302
- Request-and-consent-Regelung 33–34, 36, 260, *siehe auch* *Dominions*
- Revolutionstheorie 103–107, 166–172, 190–191, *siehe auch* Wade, Henry W. R.
- Ross, Alf N. C. 56, 77
- Royal assent* 54, 61–62, 83, 89–90, 126, 207, 240, 258–259, 268, *siehe auch* *Act of Parliament*; Monarch*in; *King in Parliament*
- Royal prerogative* 70, 126, 232, 247–248, *siehe auch* *prorogation*; Konventionen; *Miller No 2*
- Royalist Theories* 65, *siehe auch* *Glorious Revolution*
- Rückwirkung 41, 53, 260–261, 283
- Rule of law* 75–76, 134, 168, 223, 225–226, 244–245, *siehe auch* *common law constitutionalism*
- Rule of recognition* 54–60, *siehe auch* Hart, Herbert L. A.; ‘*enrolled Act*’ rule
- als Kollisionsnorm 58
 - als absoluter Maßstab 59–60
 - Änderung, durch *Parliament Acts 1911/1949* 207, 214, *siehe auch* *Parliament Acts 1911/1949*
 - Änderung, durch politischen Konsens *siehe* Konsens, politischer
 - Änderung, unilateral durch das Parlament *siehe* Jennings, William I.; Gordon, Michael
 - Gleichlauf mit Parlamentssuprematie 58, 62
- Salisbury-Addison Convention* 27, *siehe auch* Konventionen
- Schottland 5, 20, 23, 29, 42–45, 224–227, 233, 240–245, 253, 278, 311, *siehe auch* *devolution*; *Sewel Convention*; *Axa*
- Schranken
- externe *siehe* Schranken, politische
 - interne *siehe* Schranken, moralische
 - moralische 81–83, *siehe auch* Moral
 - materielle *siehe* *common law constitutionalism*; *Verfassungsvorrang*
 - normative *siehe* Selbstbindung, normative
 - politische 32–50, 81–83, *siehe auch* Selbstbindung, politische
- Scotland Act 1998* 27, 43, 116, 224–227, 240–245, *siehe auch* Schottland; *devolution*
- Secondary rules* 55–60, *siehe auch* Hart, Herbert L. A.
- Selbstbindung
- Begriff 9–12
 - legislative, *siehe* Selbstbindung, normative, Definition
 - materielle, *siehe* *common law constitutionalism*; *Verfassungsvorrang*
 - normative, Beispiele *siehe* *European Communities Act 1972*; *European Union Act 2011*; Wahlrecht, neuseeländisches
 - normative, Definition 51
 - normative, Normativität 139–143
 - Paradox 51, 77
 - politische 19–50, 310–312, *siehe auch* Schranken, politische
 - politische, Beispiele 32–50
 - politische, Kategorien 24–32
 - Unterscheidung politische und normative 22–24
- Self-entrenchment* 122–125, *siehe auch* *double entrenchment*
- Sewel Convention* 26–27, 43–44, 141, 233, 241, 243, 311, *siehe auch* Schottland; *devolution*
- Souveränität
- legislative *siehe* Parlamentssuprematie
 - politische *siehe* Volkssouveränität
- Souveränitätsklausel 195–196, 199, *siehe auch* *European Union Act 2011*
- Sri Lanka *siehe* Ceylon
- Standing Orders* 61, 278–280, 304, *siehe auch* Konventionen
- Statute of Westminster 1931* 23, 33–37, 85, 90, 257, 260, *siehe auch* *Dominions*; *Commonwealth of Nations*

- Steyn, Lord Johan 210, 218–219, 221–222, 252, 299, 304
- Südafrika 10, 32, 35, 88–90, 258, 269, *siehe auch* Dominions; *Harris*
- Sunak, Rishi 139, 310
- Suprematie *siehe* Parlamentssuprematie
- Supreme Court* (Neuseeland) 268–273, 279, 283, 285–288, *siehe auch* Neuseeland; Gerichte
- Supreme Court* (UK) 224–255, *siehe auch* Gerichte; *Appellate Committee of the House of Lords*
- Thatcher, Margaret 133, 160, 163
- Thoburn* 93, 116, 131, 179, 235–236, 262, 283, *siehe auch* Laws, John; *constitutional statutes*
- Tories* 65–66, *siehe auch* *Glorious Revolution*; *Conservative Party* (UK)
- Trethowan* 88–89, 99–100, *siehe auch* Dominions; Australien
- Ultimate rule* *siehe* *rule of recognition* als absoluter Maßstab
- Unabhängigkeit
- Begriff 34
 - Neuseelands 34–37, 257, 260, 301–302, *siehe auch* Neuseeland
- Unionsrechtsvorrang *siehe* Anwendungsvorrang des Unionsrechts
- Unterscheidung politische und normative Selbstbindung 22–24
- Unvereinbarkeitserklärung 41–42, 262, 285–289, *siehe auch* *Human Rights Act 1998*
- Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament 114, 130, 247
- Vereinfachtes Gesetzgebungsverfahren 108, 119, 207–224, *siehe auch* *Parliament Acts 1911/1949*; *Jackson*; Redefinition nach unten
- Verfahrenserfordernisse *siehe auch* Selbstbindung, normative, Normativität
- Abgrenzung zu Vermutungsregeln 95–97
 - alternative 119–120, 220–221, *siehe auch* *pure procedure and form theory*
 - Arten 91–92
 - Beispiele *siehe* *European Union Act 2011*; Wahlrecht, neuseeländisches
 - faktisch materielle 120–125, 142–143, 220–221, *siehe auch* *pure procedure and form theory*
 - restriktive 120–125, 220–221, *siehe auch* *pure procedure and form theory*
- Verfassungsidentität 3–4, 195, *siehe auch* Bundesverfassungsgericht
- Verfassungsvorrang 10, 129
- des Grundgesetzes 63, 143–149
 - fehlender 16, 19, 21, 53, 77, 258, 294, *siehe auch* *constitutional statutes*
 - Unvereinbarkeit mit Parlamentssuprematie 21
- Vermutungsregeln 30, 95–97, 187, *siehe auch* Auslegungsregeln; *principle of legality*
- Vertrag von Waitangi 257, 281–282, 300, *siehe auch* Māori; Neuseeland
- Völkerrecht *siehe* Recht, internationales
- Volkssouveränität 8–9, 23, 65, 128, 130, 148–149, 262–264, 302–303, *siehe auch* Demokratieverständnis; Demokratie, direkte
- Wade, Henry W. R. 103–107, 112–113, 166–172, 190–191
- Wahlrecht, neuseeländisches 264–275, 292–293
- Wahlsystem
- Mehrheitswahlsystem *siehe* *first past the post system*
 - Referendum 48–49, 273–274
 - Verhältniswahlsystem *siehe* *mixed members proportional system*
- Wales *siehe* *devolution*
- Westminster Parliament* 53–54, 61–62, 83, 126, 133, 207, 214–215, *siehe auch* Monarch*in
- Reform 152, 276
- Whigs* 65, 67, *siehe auch* *Glorious Revolution*
- Whitehall* *siehe* Regierung
- Young, Allison L. 106, 117, 119, 165–166, 173–174, 189, 215–216, 219, 296–297, *siehe auch* Auslegungsregeln; Konsens, politischer